



märkische linke

DIE ROTE ZEITUNG – DAS MEINUNGSMEDIUM FÜR DEN KREIS OSTPRIGNITZ-RUPPIN

April 2020 – www.dielinke-opr.de

75. Jahrestag der Befreiung

DIE LINKE.



Am 8. Mai vor 75 Jahren fand der schlimmste aller bisherigen Kriege, der von den Deutschen angezettelte 2. Weltkrieg, ein Ende. Auch die Bürgerinnen und Bürger in den Städten, Gemeinden und Dörfern des Kreises atmeten auf, hatten wieder Hoffnung auf Leben und vor allem Frieden.

Heute erinnern sich wahrscheinlich nur noch relativ wenige an die Bombenangriffe, z. B. auf Neuruppin am 10. April, wo über 100 Bürger ihr Leben verloren. Oder an die Tieffliegerangriffe am 10., 14., 16. und 20. April 1945, bei denen 130 Neuruppiner den Tod fanden. Oder an die Sprengung von 31 Brücken in und um die Stadt durch die deutschen Truppen selbst, die sich um jeden Preis »verteidigen« wollten. Oder an die Tage, an denen hunderte KZ-Häftlinge durch unseren Kreis getrieben und noch auf diesem Todesmarsch Kranke, Geschwächte und Halbverhungerte erschossen und erschlagen wurden... Aber so manche werden die tausend Ängste der damaligen Wochen noch in bedrückender Erinnerung haben.

Mit der Kapitulation der faschistischen deutschen Wehrmacht am 7. Mai 1945 in Reims und der Kapitulation am Sitz des sowjetischen Oberkommandos in Berlin-Karlshorst am 8. Mai 1945 endete endlich der 2. Weltkrieg in Europa. Der von Deutschland ausgegangene, bislang opferreichste Krieg der Weltgeschichte war an seinen Ursprungsort zurückgekehrt.

60 Millionen Menschen waren ums Leben gekommen, davon allein in der Sowjetunion 27 Millionen Soldaten und Zivilisten, in Deutsch-

land ca. 7,7 Millionen. Etwa 6 Millionen Juden wurden Opfer des von den Nationalsozialisten betriebenen Holocaust.

Aber der Mai 1945 war auch die historische Chance für einen Neuanfang in Deutschland, wenn auch unter den schwierigsten Bedingungen. »Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz« war ein wichtiges Motiv, sich für den demokratischen Neuaufbau zu engagieren.

Viel ist in den vergangenen 75 Jahren durch die Bürger in Neuruppin, im Kreis Ostprignitz-Ruppin und in ganz Deutschland geleistet worden. Vielleicht ist dieser 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ein Anlass, sich das wieder einmal vor Augen zu führen, und sich stärker für den Kampf gegen faschistische Tendenzen sowie Haltungen zu rüsten und zu engagieren. Ebenso wichtig ist, ungeachtet unterschiedlicher Positionen, für eine vertrauensvolle Partnerschaft mit Russland einzutreten. Russland gehört zu Europa, und ohne dieses Land können grundlegende Probleme auf unserem Kontinent nicht gelöst werden. Das war schon 1945 so und gilt heute und in Zukunft genauso! Wir haben im Land Brandenburg auch auf diesem Gebiet sehr viele gute Erfahrungen.

So sollte dieser 75. Jahrestag der Befreiung für uns alle ein wichtiger Anlass sein, an die Zukunft zu denken und alles zu tun, um den Frieden dauerhaft zu sichern, gegen alle Erscheinungen von Faschismus wirksam und nachdrücklich aufzutreten und Haltung – antifaschistische Haltung – zu beziehen und zu zeigen!

Christa Horstmann

Leitartikel

DIE LINKE muss Lehren aus Thüringen ziehen!

Es ist doch unglaublich, was sich im Freistaat Thüringen zugetragen hat: CDU und FDP kungeln mit dem rechtsextremen AfD-Landesverband von Björn Höcke. Es ist zwar nichts Neues, dass Konservative und Liberale im Zweifel auf dem rechten Auge blind sind, neu ist jedoch der anfängliche Glauben, mit ihrem Agieren auch wirklich durchzukommen. Glücklicherweise formierte sich noch am selben Tag außerparlamentarischer Protest, welcher dazu führte, dass Kemmerich (FDP) wieder zurücktrat. Anschließend folgten schwierige Wochen. Die CDU stritt intern, aber auch öffentlich, über ihr Verhältnis zur Partei DIE LINKE. Wer sich zwischen Landesvater RameLOW und dem Hassredner Höcke nicht entscheiden kann, zeigt wie politisch und historisch falsch der Unvereinbarkeitsbeschluss nach links ist. Die FDP beteiligte sich unterdessen bei der Wahl des Ministerpräsidenten am 04. März in keinem der drei Wahlgänge. Eine Abgeordnete war nicht anwesend, die restlichen vier blieben auf ihren Stühlen hocken. Noch mehr können die Liberalen gar nicht zeigen, wie überflüssig sie sind. Aus diesen Vorgängen muss DIE LINKE ihre Lehren ziehen! Nun sind Neuwahlen für April 2021 geplant. Umfragen gehen von einem erstarkenden Mitte-Links-Lager aus. Von dieser Entwicklung konnte DIE LINKE auch jüngst profitieren. Am 08. März wurde beispielsweise in Hildburghausen, Kreisstadt des gleichnamigen Kreises, Tilo Kummer (DIE LINKE) mit 51,8% im ersten Wahlgang zum Bürgermeister gewählt. Das Profil als linke und kommunalverankerte Volkspartei des Osten konnte – zumindest in Thüringen – gestärkt werden.

Justin König

4

KOMMUNALPOLITIK

Kreishaushalt 2020 nicht genehmigt
Landrat Reinhardt will Investitionen im sozialen Bereich verschieben

8

POLITISCHE BILDUNG

Strategiekonferenz - Top oder Flop?
Ines Nowack schildert ihre persönlichen Eindrücke

11

KULTUR

Frauentagsmatinee
Carmen-Maja Antoni begeistert in Kyritz die Zuhörer*innen

Kommentar

Kenia: 100 Tage im Amt - wenig Aufbruch

Ja, da kann der Ministerpräsident stolz sein. Der E-Autobauer Tesla kommt nach Brandenburg, BASF plant eine Großinvestition, Rolls-Royce und das Bahnwerk Cottbus haben große Ausbaupläne. Wer jedoch klar denken kann, der stellt ganz schnell fest, dass dies kein Verdienst der gegenwärtigen Regierung ist, sondern dass unter Rot-Rot die Grundsteine dafür gelegt wurden.

Nach dem Wahldesaster musste DIE LINKE in die Opposition. In diese Rolle hat sie sich ganz schnell hineingefunden. Sie übt eine tiefgründig untermauerte Oppositionspolitik im Landtag aus. Das zeigte sich schon am Tage der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, wo Fraktionschef Sebastian Walter eine sehr gute, mit vielen Sachargumenten gestützte Erwiderungsrede hielt. Aber auch unser Landtagsabgeordneter Ronny Kretschmer verwies die Vorstellungen der Regierungskoalition zur Finanzpolitik in einer von vielen Fakten untermauerten Rede ins Reich der Unsolidität.

Dann stellte die Linksfraktion im Landtag einen Antrag für ein kostenfreies Schülerticket, damit Bildungschancen nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Das lehnte die »Kenia«-Regierung mit dem Hinweis, man muss erst mal ein Gutachten dazu erstellen, ab. Nun will die Landesregierung trotz gestiegener Einnahmen für ihre geplanten Projekte auf die Rücklagen, die unter Ex-Finanzminister Görke (LINKE) gebildet wurden, zurückgreifen. Dazu sagt Ronny Kretschmer als Finanzpolitiker, dass das Geld nur der Kitt sei, um die Kenia-Koalition zusammenzuhalten. Nun gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen, die Rot-Schwarz-Grün in Brandenburg durchsetzen will. Dass da einiges am Bürgerwillen vorbei geht, scheint außer unserer Fraktion und z. T. den Freien Wählern keinen zu interessieren. Als positiv an der Regierung war bisher nur ihre Abgrenzung zur AfD zu erkennen.

Hans-Joachim Müller

Die zwei Seiten einer Medaille**Sind höhere Preise oder Steuern für Fleischwaren gerechtfertigt?**

Fleisch wird in Deutschland sehr billig angeboten, das steigert die Nachfrage und wirkt auf die Erzeugung zurück. Tierhaltung kann nur dann »wettbewerbsfähig« erzeugen, wenn in Massen mit hohem Futterimportanteil produziert wird.

Die Billig-Produktion von Fleisch und tierischen Produkten ist enorm ressourcenverschwendend, verursacht nicht zu rechtfertigendes Tierleid, gleichzeitig schädigt zu hoher Fleischkonsum die Gesundheit.

Eine Steuer auf Fleisch und Fleischprodukte senkt Verbrauch und Nachfrage und kann dazu beitragen, das Preisniveau im Sinne einer nachhaltigen Tierhaltung wieder anzuheben.



Aus Sicht der LINKEN sind höhere Fleischpreise – ob direkt oder indirekt durch Steuern oder Abgaben – weder sozial gerecht noch klimaschützend.

HartzIV- oder Armutsrenten-Empfangende würden sie in Summe härter treffen als Leute, die beispielsweise im SUV am Supermarkt vorfahren. Der Fleischkonsum würde trotzdem kaum reduziert. Das Geld wird kaum bei den Tierhaltenden ankommen, eher bei Handels- und Schlachthofkonzernen.

Öffentliche Förderprogramme für den Umbau der Tierhaltung sind die bessere Alternative, vor allem mit dem sozial gerechten Steuersystem der LINKEN.

**Wir trauern um unsere Genoss*innen!**

In den vergangenen Wochen mussten wir leider wieder einige langjährige bewährte Mitglieder unserer Partei auf ihrem letzten Weg begleiten.

Ihr Tod schmerzt uns sehr.

Unsere Genossin Lisa Riedel,

geb. am 31.03.1925, verstarb am 29.12.2019 nach einem inhaltsreichen Leben und fast 30-jährigem Engagement für Aufbau und Gestaltung unseres Neuruppiner Museums. Sie half mit ihrer ideenreichen Arbeit vielen Bürgern und vor allem Jugendlichen, Geschichte mit bewusstem Handeln für das gesellschaftliche Leben zu verbinden.

Am 3. Januar diesen Jahres verstarb unser Genosse **Richard Schmidt**, geb. am 29.10.1926.

Er hat das erste Kernkraftwerk der DDR in Rheinsberg mit aufgebaut und hier seine ganze Kraft eingesetzt. Den größten Teil seines Lebens gehörte er unserer Partei an und hat sich für sie konsequent engagiert.

Genossin Maria Schlögel,

geb. am 21.08.1927, hat nach einem arbeitsreichen Leben am 23. Januar ihre letzte Ruhe gefunden. Sie gehörte zu den Mitgliedern unserer Partei, die ohne viel Aufhebens und unverdrossen politische Kleinarbeit leisteten und sich in ihrer Treue zur Partei nie beirren ließen.

Am 16.03.2020 verstarb unsere Genossin Ruth Iffländer,

geb. am 14.08.1926. Jahrzehnte war sie als Kreisvorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) OPR/Neuruppin und als Kreistagsabgeordnete unermüdet und mit großem Engagement für die Rechte der Frauen und ihre gesellschaftliche Anerkennung in unserem Kreis tätig und hat sich nie geschont.

Wir trauern mit den Familien und werden unseren Genoss*innen ein ehrendes Andenken bewahren.

Kreisverband DIE LINKE. OPR
Paul Schmudlach

Stadtverband Neuruppin
Cornelia Böhme, Achim Behringer

RV Rheinsberg-Lindow
Jürgen Neumann

Corona verlangt Systemwechsel

Eine Pandemie zeigt sehr deutlich die Grenzen dieses Gesellschaftssystems. Ein auf Kante genähtes Gesundheits-, Pflege- und Sozialsystem, das schon im Normalbetrieb an die Grenzen kommt, versagt im Belastungsstress umso schneller. Ein globalisiertes, kostenminimiertes Wirtschaftssystem mit weltweiten Lieferketten kommt bei Störungen schnell ins Trudeln. Erst recht, weil auf einheimische Produktions- und Lagerkapazitäten selbst für Krisengüter wie medizinische Schutzausrüstungen, Medikamente etc. aus Kostengründen verzichtet wurde.

DIE LINKE kritisiert das schon lange, aber was kann die aktuelle Antwort der LINKEN auf diese Situation sein? Zuerst: Diese Pandemie darf möglichst wenige Opfer fordern – gesundheitlich wie sozial. Es dürfen nicht ausgerechnet die jetzt endgültig unter die Räder kommen, die schon am Rande der Gesellschaft leben müssen. Und der Rechtsstaat darf trotz aller notwendigen Sonderregelungen nicht gleich mit ausgehöhlt werden. Die Bundestagsfraktion hat folgende neun politische Schwerpunkte gesetzt:

1. Menschen mit systemrelevanten Berufen besser schützen, insbesondere medizinisch oder pflegerisch Tätige, aber auch solche in der Produktion und Versorgung mit alltagsnotwendigen Gütern.
2. Sofortzulage von 500 Euro für diese systemrelevanten Berufsgruppen.
3. Schutz der Löhne und Arbeitsplätze, d.h. u.a. ein Kurzarbeitergeld von 90%, Verbot von Entlassungen

Das Land in der Corona-Krise

Jede politische Debatte im Land Brandenburg wird derzeit durch die Corona-Pandemie bestimmt. Die Verhandlungen zum geplanten Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 haben eine völlig neue Dynamik bekommen. Die Kenia-Koalition plante eine Reihe von Maßnahmen, die die Rücklage des Landes von knapp 2 Milliarden Euro deutlich hätte schrumpfen lassen. Mit den zeitgleich vorgelegten Eckwerten für den Haushalt 2021 wäre die Rücklage fast komplett aufgebraucht worden. DIE LINKE hat diese wenig vorausschauende Politik deutlich kritisiert! Vor allem die geplanten Mehrausgaben in Höhe von 2 Millionen für das Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit (die Gesamtkosten wären auf über 5 Millionen Euro gestiegen) und die geplante Schaffung von fünf Regionalbeauftragten plus weitere Personalstellen und sächliche Ausstattung – ohne ein klares Aufgabenprofil – fanden unseren Widerspruch. Doch auch die geplante Verpflichtungsermächtigung in Höhe von knapp 40 Millionen EURO für den weiteren Ausbau des BER kritisierte DIE LINKE scharf, da im Wahlkampf SPD und GRÜNE noch vollmundig tönten: »Kein weiteres Steuergeld« für den neuen Hauptstadtflughafen auszugeben.

DIE LINKE hat dagegen eigene Vorschläge eingebracht. Das Land solle sich mit 3 Millionen an den zu erwartenden Tarifsteigerungen der Beschäftigten im ÖPNV beteiligen und den Mitarbeiter*innen in den preußischen Schlösser

im Fall von staatlichen Hilfen, Lohnfortzahlung für von Kita- und Schulschließungen Betroffene.

4. Pandemiezuschlag von 200 Euro für niedrige Renten und Hartz IV, Aussetzung der Vermögensprüfung sowie der Sanktionen.

5. Rettungsfonds für Unternehmen und Selbstständige, d. h. zusätzlich zu bereits beschlossenen Krediten und dem geplanten Soli-Fonds der Bundesregierung ein Pandemie-Überbrückungsgeld für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen, Finanzhilfen für mittlere und Großunternehmen über sozial konditionierte staatliche Eigenkapitalbeteiligungen.

6. Keine Zwangsräumungen von Wohnungen und Gewerberäumen, Verbot von Stromsperrern, Überbrückungskredite für selbst genutzte Immobilien.

7. Vorbereitung von Konsumschecks bzw. Helikoptergeld für Menschen mit geringen Einkommen.

8. Profitmacherei der Pharmaindustrie verhindern, bezahlbare Medikamente und Tests sichern.

9. Wir brauchen internationale Solidarität, d.h. u.a. dass der Internationale Währungsfonds seine Kreditbestimmungen für notwendige Gesundheitsprogramme lockern muss, international abgestimmtes Vorgehen, medizinische Versorgung in den Flüchtlingscamps sichern und die Flüchtlinge von den griechischen Inseln und aus dem griechisch-türkischen Grenzgebiet evakuieren.

Da dies alles viel Geld kosten wird, muss die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz gestrichen werden.

Kirsten Tackmann,
Mitglied des Bundestages

Kurzmeldungen

Ehrenmedaillen verliehen



Im Rahmen des Neujahrsempfangs der Fontanestadt Neuruppin wurden durch den Bürger-

meister Jens-Peter Golde (Pro Ruppín) und den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Gerd Klier (DIE LINKE) an Hannelore Gußmann (SPD) und Ilona Reinhardt (DIE LINKE, siehe Foto) die Ehrenmedaillen der Stadt Neuruppin verliehen. Ilona Reinhardt gehörte fast 50 Jahre ununterbrochen der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin an.

Ehrenamtler geehrt

Zum Dank für sein langjähriges Engagement für den Naturschutz wurde Bernd Ewert, der seit 30 Jahren den Kreisverband Neuruppin des Naturschutzbundes (NABU) leitet, zusammen mit rund 100 anderen Ehrenamtler*innen im Januar diesen Jahres zum Empfang der Landesregierung nach Potsdam eingeladen.

Praktische Solidarität in Zeiten von Corona

Die Corona-Krise hat inzwischen auch unseren Landkreis Ostprignitz-Ruppín fest im Griff. Gerade ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sind besonders gefährdet, sollten sie an dem Virus erkrankt sein. Deshalb will DIE LINKE Ostprignitz-Ruppín für Bürgerinnen und Bürger, die der Risikogruppe angehören und nicht durch die Familie versorgt werden können, die Möglichkeit anbieten, Einkäufe zu erledigen.

Wenden Sie sich hierfür bitte an unseren Kreisvorsitzenden Paul Schmudlach. Unter der Telefonnummer 0175 2373397 ist er erreichbar. Wir werden einen schnellen und unkomplizierten Weg finden, Sie zu unterstützen. Gerade in dieser schwierigen Zeit muss Solidarität wieder offen praktiziert werden und wir müssen aufeinander aufpassen. In diesem Sinne: Miteinander – Füreinander!

Ronny Kretschmer,
Mitglied des Landtages

Neues aus den Kommunen

Ortsbeirat in Wusterhausen aktiv

Zu den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr wurde erstmals ein Ortsbeirat gewählt. Die drei verbliebenen Mitglieder können inzwischen auf fast ein Jahr gemeinsamer Arbeit zurückblicken.

Bewährt haben sich zwei regelmäßig durchgeführte Versammlungsformate des Ortsbeirates. Neben den regulären Sitzungen laut Kommunalverfassung bieten wir dazwischen öffentliche Sprechstunden an, wo ganz zwanglos diskutiert werden kann und Probleme der Bürgerinnen und Bürger vorgetragen werden. Für diese Probleme haben wir ein spezielles Protokollformular entwickelt, das uns die Abarbeitung der einzelnen Anliegen erleichtert und das sichert, dass nichts vergessen wird.

So wurde im September die fehlende Packstation am Aldi-Markt bemängelt, die es vor dem Neubau dort schon einmal gab. Durch beharrliches Dranbleiben am Thema gelang es mit Hilfe des Bürgermeisters der Gemeinde und von Aldi-Nord, die DHL vom Standort zu überzeugen. Im Laufe des nächsten Quartals soll dort wieder eine Station aufgestellt werden - wir begleiten das weiter.

Genauso halten wir es mit dem fehlenden Fußweg zwischen dem »Mittelweg« und »Zum Horstberg, Ecke Gartenweg«. Nachdem uns eine Bürgerin darauf aufmerksam machte, erfolgte allgemeines Kopfschütteln, warum der Bürgersteig seinerzeit unvollendet blieb. Jetzt hofften wir auf eine schnelle Lösung. Leider befindet sich nicht die gesamte benötigte Fläche für den Gehweg im Eigentum der Gemeinde. So müssen erst Kaufverhandlungen geführt, gekauft, geplant und dann kann letztendlich gebaut werden. Ziel ist es, die Baumaßnahme im kommenden Jahr durchzuführen.

In der Februarsitzung informierte der stellvertretende Bürgermeister der Gemeinde, Herr Gottschalk, über den Stand des förderfähigen Ausbaus des Breitbandnetzes in Wusterhausen. Die Baumaßnahme, von der Anschlussinhaber profitieren, die bisher weniger als 30 Mbit/s haben, wird durch den Landkreis gefördert und von der Telekom ausgeführt. Sie soll noch in diesem Jahr beginnen.

Die betreffenden Grundstückseigentümer wurden von der Telekom angeschrieben und müssen der für sie kostenfreien Baumaßnahme zustimmen. Derzeit haben auf das Schreiben der Telekom erst ca. 65 % der Angefragten reagiert. Das ist schwer zu verstehen, weil solch ein Anschluss später für sie viel Geld kosten könnte. Noch besteht die Möglichkeit, dies nachzuholen. Informationen dazu gibt es auf der Internetseite »www.telekom.de/brandenburg« und unter der Servicenummer 0800 7733 888.

Petra Buschke, Gemeindevertreterin und Ortsvorsteherin der Stadt Wusterhausen

OPR braucht einen Nachtragshaushalt!

Kreis- und Finanzausschuss wurde in Kenntnis gesetzt, dass der Haushalt vom Innenministerium nicht genehmigt wurde



Die Sitzung des Kreistages, welche für den 26. März einberufen worden war, musste aufgrund der voranschreitenden Ausbreitung des Corona-Virus wieder abgesagt werden. Am 12. März, auf der Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses (KFA), wurden trotzdem eine Fülle an Themen diskutiert.

Dringend notwendige Investitionen auf die lange Bank geschoben

Wirklich überraschend kam das nicht, dennoch ist das ein ziemlich dickes Brett. Zur Erinnerung: Im letzten Jahr wollte Landrat Reinhardt noch die Neufindungsphase des Kreistages ausnutzen, um einen zweiten Bauabschnitt des Verwaltungsneubaus durchzuboxen. Daraus wurde erst einmal nichts. Der Kreistag hatte nur dem Neubau des dringend sanierungsbedürftigen Kreisarchives zugestimmt. Zusätzlich wurde die Erstellung eines Gutachtens beschlossen, welches die Kostenvarianten für weitere Neubau- oder Umbaumaßnahmen abwägen soll. DIE LINKE fragt sich: Wie hätten denn all diese Vorhaben in einem ausgeglichenen Haushalt finanziert werden sollen? Zusätzlich wusste der Landrat als Hauptverwaltungsbeamter des Landkreises auch über die Unternehmenssituationen der PRO Klinik Holding GmbH und der Ostprignitz-Ruppiner Personennahverkehrsgesellschaft mbH (ORP) Bescheid, denen der Kreistag mittels Transferleistungen aushelfen musste.

Und nun die Nachricht, dass auch dieser Haushalt keine Genehmigung vom Ministerium für Inneres und Kommunales erhält. Nun soll im September diesen Jahres über einen Nachtragshaushalt befinden werden. Arne Kröger, Kämmerer des Landkreises, stellte in der KFA-Sitzung Vorschläge vor, wie aus Sicht der

Verwaltung ein ausgeglichener Haushalt ermöglicht werden könne – in dem 5,8 Millionen Euro gestrichen werden. Ganz praktisch bedeutet das, dass dringend notwendige Investitionen – besonders im sozialen Bereich – auf die lange Bank geschoben werden. Demnach sollen unter anderem die Pläne für den neuen Rettungswachenbau in Wildberg, die Arbeiten an der Feuerwehrtechnischen Zentrale in Kyritz sowie notwendige Maßnahmen an der Wittstocker Förderschule verschoben werden.

»Der Landrat muss jetzt Prioritäten setzen und die anvisierten Verwaltungs-Neubaupläne in Millionenhöhe endlich über Bord werfen«

Landkreis muss Kosten für Straßensanierung in Gnewikow tragen

Die andauernden Probleme rund um ihre Gutsstraße muss den Gnewikowern fast wie die Erzählung »Die unendliche Geschichte« von Michael Ende vorkommen. 2013 ließ der Landkreis die Straße schon einmal auf seine Kosten sanieren, und das, obwohl diese erst zehn Jahre zuvor ausgebaut worden war.

Zuletzt machte im Sommer 2019 der RBB-Roburbus in dem 300-Seelen-Dorf halt. Gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und Bauern, Freie Wähler, FDP stellte DIE LINKE einen Antrag zur Straßensanierung. Der Landrat bat um Aufschub, da nicht hinreichend geklärt sei, ob der Kreis wirklich für eine erneute Sanie-

rung zuständig sei. Er verwies auf einen Rechtsstreit mit den Neuruppiner Stadtwerken, die vor Jahren Rohre unter der besagten Straße verlegten, und so ebenfalls für die Schäden hätten verantwortlich sein können. Die Gnewikower merkten jedoch zu Recht an, dass die Straßenschäden schon vor den Rohrverlegungen auftraten. Der Kreistag entschied daraufhin (September 2019), dass ein externes Gutachten erstellt werden solle, wer für die aufgetretenen Schäden verantwortlich und für die Beseitigung zuständig sei.

Nun liegt das Gutachten vor, es war ziemlich eindeutig: Der Landkreis ist für eine Sanierung verantwortlich. Vorher soll aber noch mit der Stadt Neuruppin verhandelt werden, ob die Kreisstraße nach der Sanierung an die Fontanestadt abgestuft wird. Das führt unweigerlich zu einer weiteren Verzögerung der Sanierung. Fest steht bereits, dass die gepflasterte Gutsstraße asphaltiert wird.

Als LINKE werden wir weiterhin Druck machen, sodass die Straßensanierung im Sinne der Einwohnerschaft möglichst schnell erfolgen kann.



Eine Brechsandfüllung erfolgte im August 2019, damit Fahrradfahrer die Gutsstraße wieder befahren können

Kreiskitaalternbeirat gegründet

Jahrelang hielt die Kreisverwaltung einen kreislichen Kita-Elternbeirat für nicht zwingend erforderlich. Rot-Rot hatte jedoch noch verfügt, dass Landkreise Kita-Elternbeiräte zu gründen haben. Und das ist gut so, denn die Beteiligung der Elternschaft ist ebenso wichtig wie eine gute Kinderbetreuung. Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin verfügt über 85 Kindertageseinrichtungen, 13 Tagespflegestellen und zwei Spielkreise. Derzeit sind 24 der 98 möglichen Mitglieder im Kreis-Kita-Elternbeirat vertreten. Die Arbeit koordiniert – im Zusammenspiel mit der Kreisverwaltung – ein fünfköpfiger Vorstand. Als LINKE ist es uns hier gelungen, die jährliche Aufwandsentschädigung des Vorstandes von 100 auf 300 Euro zu steigern. Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.kkeb-opr.de/>

Linksfraktion im Gespräch über die Situation der Ruppiner Kliniken

Die beiden Geschäftsführer der PRO Klinik Holding GmbH, Dr. Voth und Dr. Pietzner, informierten die Kreistagsfraktion der LINKEN im Vorfeld der letzten Fraktions-sitzung über den Sanierungsprozess des kommunalen Unternehmens.

Die ersten Maßnahmen wurden durchgeführt und die Geschäftsführer versicherten uns als Mitglieder des Kreistages, dass sich das Unternehmen wieder auf einem besseren Wege befinde. Die Linksfraktion war sich mit den Geschäftsführern einig: Die Ruppiner Kliniken haben Zukunft, und zwar weiterhin als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung! Auf der Dezember-Sitzung 2019 bewilligte der Kreistag einen Kredit, der die Liquidität der PRO Klinik Holding GmbH sichern sollte. Dadurch konnten jüngst neue Investitionen getätigt werden, die den Krankenhausstandort Neuruppin stärken.

Kostenloses Schülerticket soll Verlustgeschäft ausgleichen

Natürlich begrüßen wir grundsätzlich die Einführung eines kostenlosen Schülertickets für das Schuljahr 2020/21, woran alle Schüler*innen des Landkreises teilhaben sollen. Der LINKEN-Fraktionsvorsitzende Ronny Kretschmer bezeichnete die Pläne des Landrates als »charmanten Trick«, schließlich werde so dem Verlustgeschäft des kreiseigenen Nahverkehrsunternehmens entgegengewirkt. Aber deshalb fahren noch lange nicht automatisch mehr Busse. Es geht nicht darum, mehr Mobilität zu gewährleisten, sondern durch mehr Fahrgastzahlen, auch mehr Gelder vom Land zu erhalten. Die Konsequenz dürften Schüler und Busfahrer zu den Stoßzeiten erleben: Volle Busse.

Freke Over, Mitglied im Nahverkehrsbeirat, wünscht sich mehr kommunalpolitische Eigeninitiative: *»Was es braucht, ist eine Debatte der Politik über Notwendigkeiten und was wir uns leisten wollen. [...] Mindestens zwei Millionen Euro jährlich braucht der Kraftverkehr sowieso in Zukunft als Zuschuss, weil die Rücklagen aufgebraucht sind. Wichtig wäre jetzt ein Kreistag, der sich nicht die Entscheidungen vorsetzen lässt, sondern aktiv Politik gestaltet, der eigene Akzente im Nahverkehrsplan setzt, statt eine Firma, nach den Vorgaben des Landrates, seine Aufgaben erledigen zu lassen. Wenn dann noch über die Kreisgrenzen hinausgedacht und die Bahn als zu vertaktender Partner, und nicht als Konkurrent gesehen würde, könnte sich wirklich was ändern.«*

Justin König (DIE LINKE)
1. stellv. Vorsitzender des
Kreis- und Finanzausschusses

Neues aus den Kommunen

Fontanestadt Neuruppin

Bei der letzten Stadtverordnetenversammlung gab es zwei Anträge zur Kinderbetreuung. Der Erste kam von den Grünen und ging darum, dass Stadtverordnete, die während Ausschusssitzungen und anderer Tätigkeiten für die Stadt ein Problem mit der Kinderbetreuung haben, einen Zuschuss von der Stadt erhalten, um sich einen Babysitter zu besorgen. Diesen Antrag haben wir als LINKE mitgetragen, da es auch für uns wichtig ist, dass jeder Mensch, der sich politisch engagieren will, auch die Möglichkeit dazu hat. Uns ging dieser Antrag aber nicht weit genug, und wir haben, gemeinsam mit der SPD Neuruppin, einen weiteren Antrag eingebracht.

Darin wird die Stadt aufgefordert, sich durch eine Umfrage darüber zu informieren, ob die Kita-Zeiten der Fontanestadt noch ausreichend sind oder diese in Zukunft angepasst werden sollten. Hierbei denken wir z. B. an Paare, die beide in Schichten arbeiten müssen, an Alleinerziehende oder eben Menschen, die ihr Kind nicht immer bis 16 Uhr abholen können. Wir wollen auch weiterhin, dass Familien gern in unsere Stadt ziehen, und sehen in unserem Antrag den nächsten Schritt, um sie für Familien noch attraktiver zu gestalten. Deshalb freuen wir uns sehr, dass der Antrag angenommen wurde und werden die Stadt bei der Umsetzung weiterhin begleiten.

Paul Schmudlach, Fraktionsvorsitzender

Kyritz Stadtpolitik

Die letzte Stadtverordnetenversammlung am 26. Februar 2020 stand nicht im Zeichen großer kommunalpolitischer Auseinandersetzungen. Eher befindet sich das Gremium nach der Neukonstituierung immer noch in der Findungsphase, was insbesondere die Fragen der Kommunikation innerhalb der Vertretung und auch zur Stadtverwaltung betrifft. Die linke Fraktion hatte hier, unterstützt durch andere Fraktionen, mittels Anträgen insbesondere die Probleme bei der Realisierung des Großprojektes »Klosterviertel« und bei der Vergabe von großen Aufträgen in den Fokus genommen.

Ohnehin lässt sich feststellen, dass insbesondere auch durch das Wirken der neuen Fraktion »Kyritz macht« die Anzahl der Anfragen und Anträge immens gestiegen ist. Nicht jede dieser aufgeworfenen Problemstellungen zeugt aber von einer qualitativ besseren Arbeit, einiges scheint eher der Selbstdarstellung zu dienen. Auf der anderen Seite ist grundsätzlich eine erhöhte Aktivität der gewählten Vertreter zu begrüßen, um gemeinsam bessere Lösungen im Interesse der EinwohnerInnen zu erreichen.

Die Fraktion der LINKEN steht auf Grundlage des Wahlprogramms den anderen politischen Kräften, den Vereinen und Initiativen und natürlich auch den Bürger*innen für eine enge Zusammenarbeit zur Verfügung.

Holger Kippenhahn, Fraktionsvorsitzender

Rechtlicher Ratschlag

Ablehnung der Erwerbsminderungsrente

Im Rahmen der vielen Rentenkürzungsgesetze der letzten Jahrzehnte der jeweils regierenden Parteien wurde auch die gesetzliche Berufsunfähigkeitsrente abgeschafft und das Renteneintrittsalter erhöht. Viele Arbeitnehmer können jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht so lange arbeiten. Für diese Betroffenen gibt es die Erwerbsminderungsrente, welche jedoch häufig rechtswidrig abgelehnt wird. Wird der Antrag auf eine Rente wegen Erwerbsminderung abgelehnt, sollte immer Widerspruch eingelegt und Akteneinsicht genommen werden. Nur so kann ermittelt werden, auf welcher Grundlage die Rentenversicherung ihre Entscheidung getroffen hat. Beispielsweise ist häufig festzustellen, dass die Befunde der behandelnden Ärzte nicht vollständig eingeholt wurden oder vollkommen anders bewertet werden. Häufig werden Entlassungsberichte der Rehabilitationsklinik nicht in die Bewertung mit einbezogen, obwohl diese eine Erwerbsunfähigkeit feststellten.

Wichtig ist, dass der Widerspruch innerhalb der Monatsfrist bei der Rentenversicherung eingegangen sein muss. Die weitere Begründung sollte erst nach der Akteneinsicht erfolgen.

Wird auch der Widerspruch mit einem Widerspruchsbescheid zurückgewiesen, kann dieser mittels einer Klage beim Sozialgericht nochmals überprüft werden. Auch hier gilt eine Frist von einem Monat. Beim Gericht sollte darauf gedrungen werden, dass nach Einholung aller aktuellen Befundberichte das Gericht vom entsprechenden Fachmediziner ein unabhängiges Gutachten einholt. Diese vom Gericht beauftragten Gutachten weichen sehr häufig zugunsten des Rentenantragstellers von der Einschätzung der Rentenversicherung ab.

Das Widerspruchsverfahren, das Klageverfahren und die Aktenauswertung sollten wegen der Besonderheiten im Sozialgerichtsverfahren und medizinischen Fragestellungen möglichst mit Hilfe eines Fachanwalts für Sozialrecht und für Medizinrecht geführt werden. Im Widerspruchsverfahren und Klageverfahren entstehen keine Gerichtskosten, sind keine Gebühren an die Rentenversicherung zu zahlen, und bei richtiger Vorgehensweise auch keine Kosten für die Einholung von Befundberichten und Gutachten.

Gerd Klier,
Rechtsanwalt aus Neuruppin
Fachanwalt für Arbeits-, Sozial-
und Medizinrecht

Wie geht es nun weiter mit der CDU?

Da hat die Thüringer CDU – dank der LINKEN, der SPD und den Grünen – nochmal die Kurve gekriegt. Deshalb konnte sie sich obrigkeitshörig verhalten und bei der Wahl eines linken Ministerpräsidenten der Stimme enthalten. Nach dem Debakel vom 5. Februar, als CDU und FDP gemeinsam mit der AfD stimmten, rutschte die CDU bundesweit in eine Krise. Die Parteivorsitzende Kramp-Karrenbauer stellte (mehr oder weniger freiwillig) ihr Amt zur Verfügung. Das war die Situation, auf die einige CDU-Machos nur gewartet haben.

Jetzt wollen es die Männer wieder richten

Neben Merz, der, nachdem Merkel ihn 2009 abserviert hatte, wieder als Rechtsanwalt und Lobbyist arbeitete, entdeckte auch Röttgen plötzlich seine Ambitionen, CDU-Chef zu werden. Im Gegensatz zum dritten Kandidaten Laschet (Spahn hat seine Kandidatur zugunsten Laschet's zurückgezogen) vertreten Merz und Röttgen ganz offiziell eine Politik der Ab- und Ausgrenzung. Beide stehen voll hinter dem Abgrenzungsbeschluss der CDU zur LINKEN und der AfD – ohne Differenzierung. Sie werfen uns unsere SED-Geschichte vor, die wir – im Gegensatz zur CDU, die die »Blockflöten« der SED kritiklos in ihre Reihen aufgenommen hat – aufgearbeitet haben. Merz und Röttgen sehen nach wie vor in Russland (Putin) den Hauptgegner, genauso wie zu Zeiten des »kalten Krieges«. Sie befürworten die Sanktionen gegenüber Russland und würden sie am liebsten ausweiten. Dass dadurch in erster Linie deutsche Unternehmen leiden, da der Absatzmarkt Russland weggefallen ist, interessiert sie nicht. Dass Russland von den Sanktionen nichts spürt, da es

Alternativen gibt, ignorieren diese Herren bewusst, obwohl es ganz andere Aussagen gibt (siehe beispielsweise Platzeck und Woidke).

Nun hat Merz die Vorstellung, er könnte das Wählerpotenzial der AfD halbieren. Augenscheinlich will er das mit Maßnahmen, die auf dem AfD-Mist gewachsen sind (Bekämpfung Clankriminalität, härtere Grenzkontrollen, weil er die Integrität der Bundesrepublik in Gefahr sieht usw.). Aber auch auf finanzpolitischem Gebiet fordert der Millionär Merz neue Überlegungen. Er möchte, dass die Bürger mehr Aktien kaufen, ohne zu sagen, woher der Normalbürger das Geld dafür nehmen soll.

Die »Hufeisen«-Abgrenzung der CDU

Egal ob Merz, Röttgen oder auch teilweise Laschet. Sie wollen nach wie vor eine gleichwertige, undifferenzierte Abgrenzung der CDU zur LINKEN und zur AfD. Hierbei übersehen bzw. ignorieren sie bewusst die unterschiedlichen Rollen der beiden Parteien. Während die AfD eine eindeutig nationalistische, ja in Teilen faschistische Partei ist, hat sich DIE LINKE zu einer Partei, die fest auf dem Fundament der Grundgesetzes steht, entwickelt. Es stimmt, DIE LINKE steht für Abrüstung, gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr und lehnt deutsche Waffenexporte ab. Damit steht sie konträr zur CDU. Aber, und das sollten wir allen Bürgern klar machen, wer Waffen in Krisengebiete liefert, Kriegstreiber unterstützt oder gar an Einsätze der Bundeswehr denkt (wie die CDU-Vorsitzende und Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer), der verursacht Flüchtlingsströme.

Hans-Joachim Müller



Wir trauern um unseren Genossen **Emil Timm,**

der am 21. Februar 2020 im Alter von 86 Jahren verstorben ist.

Emil Timm wurde am 22. August 1933 geboren. Wir trauern um ein langjähriges treues Mitglied der Partei, das in seiner sachlichen, unaufgeregten und überlegten Art viele Mitmenschen für sich eingenommen hat. Auch in den schwierigen 90er Jahren war er öffentlich wahrnehmbar ein linker Vertreter rund um Kyritz. Unter anderem hat er sehr engagiert auf den Montagsdemonstrationen und bei anderen Gelegenheiten gegen das System »Hartz IV« gekämpft.

In der DDR erwarb er sich bleibende Verdienste um die Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Auch nach 1990 war er in diesem Sinne noch aktiv in der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V., Regionalgruppe Alt Ruppin.

Emil wird uns sehr fehlen. Unser tiefes Mitgefühl und herzliches Beileid gelten seiner Familie.

Holger Kippenhahn,
Regionalverband DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen

Auch nach 75 Jahren gilt es, den Frieden zu verteidigen

Aus der Rede von Kathrin Dannenberg, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Brandenburg, auf der Kundgebung »Defend Peace: Stop Defender 2020« am 30. Januar 2020 in Cottbus (gekürzt).

... Wir stehen hier heute zusammen gegen »Defender 2020«. Gegen die größte Militäraktion seit dem Ende des Kalten Krieges. Es kann und darf uns nicht kalt lassen, was hier gerade abläuft.

Und Deutschland? Natürlich Mittendrin. Es wäre gelogen zu behaupten, wir würden benutzt für dieses absurde Schauspiel der NATO. Nein, wir stellen uns freiwillig zur Verfügung – als Knotenpunkt und logistische Drehscheibe. Es muss an dieser Stelle einmal klar gesagt werden: Ohne die Beteiligung der Bundeswehr, ohne die aktive Mithilfe Deutschlands wäre »Defender 2020« so nicht möglich. Und auch das gehört zur Wahrheit: Brandenburg leistet Schützenhilfe. Wir fordern die Landesregierung deshalb hier und heute noch einmal auf, dieses Manöver zu boykottieren und sich nicht weiter an diesem Säbelrasseln zu beteiligen.

Wisst ihr, es gab einmal einen Konsens in diesem Land – über alle Parteigrenzen und Lager hinweg. Es gab den Konsens, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Ich höre sie alle diese



Die Marschrichtung von Defender 2020 war klar zuerkennen: gen Osten.

Worte sagen – Konservative, Liberale, Sozialdemokraten – immer und immer wieder. Gerade in diesen Tagen klingeln diese Worte in meinen Ohren. Im 75. Jahr nach Ende des zweiten Weltkrieges, bei jeder Gedenk- und Trauerfeier betonen sie die Verantwortung, die wir tragen für den Frieden in Europa. Was die NATO hier aber tut, ist nichts weniger, als den Krieg mit Russland zu proben. ... Das, liebe Freundinnen und Freunde, das ist Provokation pur und nichts anderes. ...

... DIE LINKE war und ist die einzige Partei in diesem Land, die hier klar Position bezieht. Wir sind die einzigen, die eine konsequente Abrüstung fordern. Die einzigen,

die sich aktiv gegen das Zwei-Prozent-Ziel der Bundeswehr stellen und vom Austritt aus der NATO nicht einen Millimeter abrücken. Denn es bleibt doch dabei: Wer Frieden in Europa möchte, kann diesen nicht gegen Russland realisieren, sondern nur gemeinsam mit den Menschen in der Russischen Föderation. Nur so ist ein dauerhafter Frieden möglich.

Info

NATO-Manöver ist abgesagt

Am 17. März erreichte uns die Meldung, dass die Militärübung »Defender 2020« wegen der Corona-Pandemie beendet wird.

Ein gradliniger Sozialist, der den Menschen Zuversicht gibt

Bernie Sanders wird vom Wähler geliebt, vom Partei-Establishment jedoch sehr gefürchtet

Ein 78-jähriger Mann mit weißem strubbligen Haar steht dafür ein, was das politische System der Vereinigten Staaten seit eh und je zu bekämpfen versucht, den demokratischen Sozialismus. Seinen Unterstützern scheint das jedoch zu gefallen. Er steht zu dem, was er sagt und für richtig hält, ganz gleich wie groß der Gegenwind ist. In den nächsten Wochen wird das politische Klima in den USA noch rauer und frostiger. Der Senator aus Vermont will Präsidentschaftskandidat der Demokraten werden, um Donald Trump im November aus dem Weißen Haus zu verdrängen. Dass Sanders die besten Vorwahlergebnisse und Umfragewerte einholt, gefällt jedoch längst nicht allen, schon gar nicht der Parteiführung, die schon 2016 bei den Vorwahlen Hillary Clinton mit unlauteren Methoden unterstützte und Sanders schwere Steine in den Weg warf. Der Super-Tuesday, der Tag an dem die meisten Vorwahlen stattfinden, ist vorbei und das Ergebnis ist nicht wirklich eindeutig. Das Rennen spitzt sich zwischen dem Ex-Vizepräsidenten Joe Biden und dem linken Hoffnungsträger Bernie Sanders zu. Im Vorfeld des Super-Tuesdays stiegen

die Mitte-Kandidaten Pete Buttigieg und Amy Klobuchar aus dem Rennen aus – wenig später auch der Multimilliardär Mike Bloomberg. Die linke, aber abgeschlagene Warren blieb vorerst im Rennen. Diese Situation beförderte Bidens Comeback. Bei den ersten Vorwahlen hat er katastrophale Ergebnisse eingefahren. Wegen interner Absprachen, Versprechungen und der kalkulierten Spaltung des linken Lagers von Sanders und Warren – weil letztere ihre Niederlage nicht wahrhaben wollte – blieb der uneinholbare Erfolg des Sozialisten Sanders aus. Das Problem von 2016 bleibt. Was passiert, wenn Biden Kandidat der Demokraten wird? Er ist gegen eine allgemeine gesetzliche Gesundheitsversicherung. Nur ist genau das Sanders Hauptthema, dafür kämpft er seit über 40 Jahren. Wähler, die Sanders akquiriert, darunter auch Ex-Trump- sowie Nichtwähler würden unter keinen Umständen für Biden stimmen, da dieser für Establishment und Weiterso steht. Kurz gesagt: Biden ebnet Trumps zweite Amtszeit, Sanders könnte uns davor bewahren. Doch derzeit deutet alles daraufhin, dass Sanders seinen letzten Kampf verliert. **Justin König**



Viele Amerikaner sehen in Bernie Sanders die einzige Chance auf bessere Zeiten.

» Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, und auch kein linker Minister «

Ines Nowack berichtet von der Kasseler Strategiekonferenz:



Die Partei DIE LINKE hatte am 29.02./01.03.2020 zu einer Strategiekonferenz nach Kassel eingeladen. Die Möglichkeit zur Debatte über eine linke Strategie zur Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse wurde mit großem Interesse angenommen. Bereits im Vorfeld gab es über 400 schriftliche Diskussionsbeiträge und zu der Konferenz gab es viel mehr Anmeldungen als Plätze. Es gab und gibt offensichtlich großen Gesprächsbedarf. Allein das ermöglicht zu haben, ist ein großer Verdienst des Parteivorstandes.

Die Idee bzw. der Vorschlag zu der Strategiedebatte und -konferenz war aufgrund von Wahlniederlagen seit der letzten Bundestagswahl entstanden. Bei allen Landtagswahlen in Ostdeutschland wurde die AfD zweitstärkste Partei. Der Tabubruch in Thüringen, wo ein FDP-Ministerpräsident mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gewählt wurde, machte die Diskussion über eine linke Strategie zur Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse noch mal spannender.

Im Vorfeld der Strategiekonferenz wurde bereits durch Äußerungen von einigen führenden Genossinnen und Genossen klar, dass es eigentlich nicht um eine Strategie zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise mit all ihren Verwerfungen, sondern nur noch um die Bedingungen von Regierungsbeteiligungen der LINKEN an Koalitionen mit bürgerlichen Parteien gehen sollte. Das stellte sich aber auf der Tagung ganz anders dar. In vielen Diskussionsbeiträgen wurde die Fokussierung auf Koalitionen in Parlamenten mit SPD und Grünen oder gar der CDU sehr kritisch gesehen. Es wurde auf die Krise des Parteiensystems und die soziale und die ökologische Krise hingewiesen und

auch darauf, dass mit SPD und Grünen keine grundlegend andere Politik möglich sei. Einer Politik, die sich auf kleinere Reformen, besseres Regieren oder Opponieren, eben auf die parlamentarischen Gepflogenheiten konzentriert, wurde in vielen Diskussionsbeiträgen eine Absage erteilt.

Der Bundesschatzmeister Harald Wolf (siehe Bild) betonte die Notwendigkeit eines grundlegenden Systemwechsels angesichts der durch den neoliberalen Finanzkapitalismus deformierten Demokratie und landete dann beim Werben für Regierungsbeteiligungen.

Die LINKEN-Landesvorsitzende in Thüringen, Susanne Hennig-Wellsow, rief gar offensiv zum Bündnis von LINKE bis CDU auf, um eine Brandmauer gegen rechts zu bilden. Vergessen wir jedoch nicht: Es war die unsoziale Politik verschiedener Bundesregierungen, die der AfD ihren Aufstieg mit ermöglicht haben. Der Parteivorsitzende Bernd Riexinger hatte in seinem schriftlichen Beitrag im Vorfeld der Konferenz dazu aufgerufen, DIE LINKE zu einer Partei eines grundlegenden sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Systemwandels zu machen und dabei die Interessen der Lohnabhängigen

ins Zentrum zu stellen. In seinem Schlusswort auf der Konferenz riet er der Partei von einem Anpassungsversuch in die Mitte ab und betonte, Gesellschaft verändere sich durch die Klassenkämpfe unserer Zeit und sprach sich für eine verbindende Klassenpolitik und das Konzept einer linken Bewegungspartei aus.

Wohin soll es gehen?

Viele Beiträge aus der Basis standen für eine ganz neue Partei, weg von der Fixierung auf den Parlamentarismus, hin zu einer Bewegungs- und Klassenpartei. Von verbindender Klassenpolitik und der Organisation gesellschaftlicher Kämpfe von unten war die Rede, von dem Aufbau von Gegenmacht und einem radikalen Systemwechsel und auch davon, die Ausbeutung von Mensch und Natur zu überwinden und die Eigentumsfrage zu stellen. Vor allem wurde schnelles Handeln gegen die Klimakatastrophe und die Zusammenarbeit mit der Klimagerechtigkeitsbewegung für einen sozial-ökologischen Systemwechsel oder, wie es viel genannt wurde, für einen Ökosozialismus angemahnt.

Alles in allem ermöglichte die Strategiekonferenz eine solidarische Diskussionskultur, wie sie sonst selten in der Partei erlebbar ist. Aber wenn eine linke Partei Ausbeutung und Unterdrückung in diesem Land anprangert und die bürgerliche Demokratie in Frage stellt,

muss sie sich über Gegenwind der herrschenden Klasse nicht wundern.

Angefacht von der Springer-Presse versuchen die bürgerlichen Medien, regierungskritische Teile der LINKEN anzugreifen und einzelne Aussagen der Strategiekonferenz aus dem Zusammenhang zu reißen, für ihre neoliberalen Zwecke zu instrumentalisieren und ein Schreckensbild zu zeichnen. Jede*r, der/die noch alle Tassen im Schrank hat, weiß, dass DIE LINKE keine Leute erschießt oder Arbeitslager eröffnen will. Dies ist ein übler Versuch, DIE LINKE entweder auf Regierungskurs zu trimmen oder sie verächtlich zu machen.

Stoppt die Entsolidarisierungskampagne!

Als Mitglieder und Sympathisanten der Partei DIE LINKE sollten wir uns keinesfalls von Genossinnen und Genossen distanzieren. Unsere Stärke ist die Solidarität mit allen, die auf Grundlage des Erfurter Programms Politik machen. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind: Wir stehen an der Seite des Parteivorsitzenden, der das Projekt einer linken Bewegungspartei und eine verbindende Klassenpolitik ins Zentrum seiner strategischen Überlegungen für eine linke Partei stellt.

Wir treten grundsätzlich dafür ein, dass die Partei und ihre demokratischen Beschlüsse die Politik der Parlamentsfraktion bestimmen, und nicht umgekehrt.

*Ines Nowack
Stellv. Kreisvorsitzende*



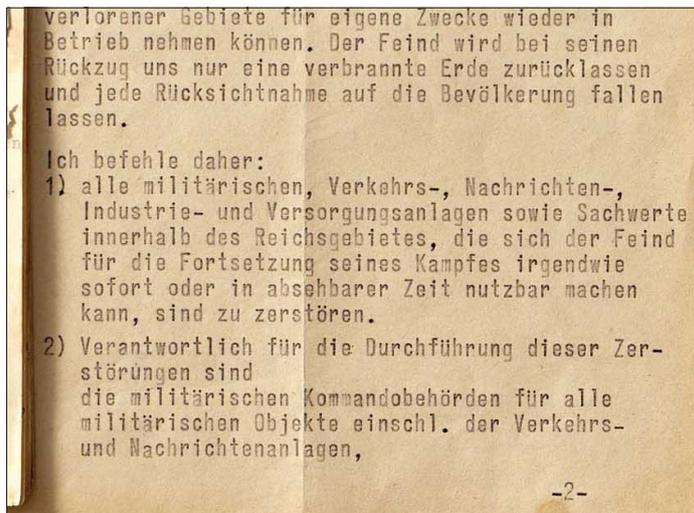
Erinnerung

Der »Nero-Befehl«
- Verbrannte Erde
zulasten der Zivilisten

Das sich Faschisten gerne als Bewahrer und Beschützer des eigenen Volkes hinstellen, wird noch von viel zu vielen Menschen geglaubt. Diese Mär, die seit 2017 durch die sogenannte Alternative für Deutschland in den Bundestag getragen wird, ist nichts anderes als eine kalkulierte Lüge!

Adolf Hitlers Befehl, der Zerstörungsmaßnahmen im eigenen Reichsgebiet vorsah, wurde am 19. März 1945 noch kurz vor dessen eigener suizidialer Flucht erlassen. Der später »Nerobefehl« genannte Erlass, ordnete eine Taktik der verbrannten Erde, wie sie in deutschen Eroberungs- und Besatzungsgebieten praktiziert worden war, an. Den Alliierten sollte nur unbrauchbare Infrastruktur in die Hände fallen (siehe Abbildung).

Der deutsch-britische Journalist Sebastian Haffner



Der sogenannte Nero-Befehl (siehe Quelle) zeigt, dass dem Faschismus die menschlichen Lebensgrundlagen - selbst die des »eigenen« Volkes - völlig gleichgültig sind

stellte in seinem Buch (Anmerkungen zu Hitler, 1975) fest: »Der Zweck dieser ‚nunmehr gegen Deutschland gerichteten Massenmordaktion Hitlers‘ ist es, ‚die Deutschen dafür zu bestrafen, dass sie sich für einen heroischen Endkampf nicht mehr willig genug hingeben [...] Das war in Hitlers Augen ein todeswürdiges Verbrechen. Tatsächlich war der

Vorsatz Hitlers grausamer als der feindliche: Die feindlichen Armeen waren ja nicht darauf aus, die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben brauchte, zu zerstören.«

Dieser Befehl wurde zum Glück in den letzten wirren Kriegsmonaten nicht im vollen Umfang ausgeführt.

Justin König

Zur Strategiedebatte: Zwei Kulturen?

Das in Kassel der falsche Eindruck vermittelt wurde, es läuft im Großen und Ganzen schon alles gut, ist nicht nur Ausdruck der Diskrepanz zwischen Basis und Parteiführung. Es ist vor allem auch eine Diskrepanz zwischen zwei Kulturen, die beide sowohl in Basis als auch in der Führung vertreten sind.

Die Akademisierung und Metropolisierung der LINKEN wurden vereinzelt angesprochen, aber Diskussionen darüber weitgehend unterdrückt. Stattdessen wurde betont, dass wir »natürlich« auch die Latte-Macchiato-Hipster repräsentieren, der Gegensatz zwischen Stadt und Land in der Partei nicht »reproduziert« werden müsse, bis hin zu der Äußerung, das »Wording« unserer Politik wäre nicht so wichtig.

Es ist realitätsfern, zu behaupten, wir müssten uns keine Sorgen um unseren Rückhalt bei den Arbeitern machen, weil wir rein inhaltlich schon ihre Interessen ver-

treten. Warum wurde die Konferenz einberufen, wenn sich nicht genau das als Problem herausgestellt hat? Selbst in Thüringen haben wir bei den Arbeitern geringfügig verloren, während die AfD bei ihnen bedeutende Gewinne erzielt hat. Die soziale Basis der Partei verändert sich grundlegend: Der Rückhalt in den Arbeiterschichten wird geringer, während sowohl Wähler als auch die Zusammensetzung urbaner, hipper, akademischer werden. Und doch ist es ein Tabuthema, man weigert sich, verschiedene »Milieus gegeneinander auszuspielen«. Auf einmal spielen Klassenanalyse und Materialismus keine Rolle mehr?

Der Stadt-Land-Gegensatz muss nicht in der Partei »reproduziert« werden - er ist ein Gegensatz in der realen Welt und eine Partei muss von den realen Gegensätzen ausgehen, anstatt sich moralistisch über sie zu erheben. Die sinnbildliche »Berliner Blase« und die Provinz sind zwei sehr ver-

schiedene Kulturen. Die Arroganz, zu glauben, metropolitische Hipsterkultur könne auf dem Land forciert werden, ist der Grund, wieso der provinzielle Arbeiter, der AfD wählt, DIE LINKE nicht vom Establishment unterscheiden kann. Es ist etwas Wahres dran. In Kassel fehlte die simple Weisheit, die das Leitbild jeder linken Partei sein sollte: Vom Volk zu lernen. Es reicht nicht, programmatisch auf dessen Seite zu stehen, man muss auch kulturell und ideologisch seine Sprache sprechen, Demut gegenüber, Nähe zu dem Volk beweisen.

Volksnähe bedeutet nicht, AfD-Themen zu übernehmen und Rassismus zu befeuern. Die drängende Frage ist vielmehr: Sollen wir den migrantischen Kampf akademisieren und ins Leere laufen lassen oder verbinden wir ihn mit den ländlichen Arbeitern auf der Basis bereits vorhandener Anti-establishment-Gesinnungen der Provinz?

Alexander Trott

Kurzmeldungen

Freundschaftsgesellschaft aktiv

Es gehört in Alt Ruppin wie andernorts schon zu einer langjährigen Tradition, dass man sich zum Internationalen Frauentag trifft und ein bisschen feiert. Die Basisgruppe der LINKEN und die Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppin pflegen diese Tradition, fast alle Mitglieder fanden sich am 12. März im Klub bei guten Gesprächen, Kaffee/Tee und selbst gebackenem Kuchen zusammen. Die nächsten Pläne wurden beraten, so das Sommerfest am ersten Samstag im August oder das geplante Treffen am 8. Mai um 10 Uhr am Ehrenmal anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung, um mit Blumen der Opfer zu gedenken.

Christa Horstmann

Gesunde Schul- und Gemeinschaftsverpflegung

Am 13.01.2020 fand das Auftakttreffen des »Ernährungsrats Brandenburg« statt. In den nächsten Wochen und Monaten wird es nun darum gehen, die Zusammenarbeit der regionalen Räte zu organisieren, geeignete Entscheidungsprozesse zu finden und auch schon über gemeinsame Positionen nachzudenken. Im Ergebnis der stattgefundenen Tafelrunden soll eine »Brandenburger Ernährungsstrategie« entwickelt werden.

Mehr zum Ernährungsrat auf unserer Internetseite:

www.dielinke-opr.de

Unser Konto für Spenden & Einzahlungen

DIE LINKE. OPR
IBAN: DE47 1606 1938
0001 6323 61

BIC: GENODEF1NPP

Raiffeisenbank
Ostprignitz-Ruppin eG

Verwendungszweck:
Spende Märkische Linke

Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse an. Die Daten behandeln wir vertraulich.



Unsere Redaktion wünscht Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesundes Osterfest!

Wir brauchen Unterstützung!

Sie haben es sicherlich bemerkt, die »Märkische Linke« ist wieder da! Es ist die erste Ausgabe im neuen Jahrzehnt. Vorangegangen sind mehre Sitzungen unseres Arbeitskreises, wo wir berieten, wie wir Arbeitsabläufe und Kommunikation optimieren können. Unsere Gestaltung hat sich im Zuge dieses Prozesses ebenfalls der Zeit angepasst, und wir als Redaktion freuen uns, dass wir die Wiedererscheinung gemeinsam mit Ihnen auf zwölf Seiten feiern können!

Eine Zeitung kostet viel Zeit und Geld. Daher bittet die Redaktion um finanzielle Unterstützung. Schon 5 Euro helfen! Alle Spenden werden für den Druck und das Erstellen der Zeitung verwendet. Eine entsprechende Spendenquittung erhalten Sie am Jahresende. Unsere Kontoverbindung finden Sie auf Seite 9.

Zur Info: Unsere Zeitung erscheint auch als ePaper. Schicken Sie uns eine E-Mail an redaktionml@dielinke-opr.de, und wir nehmen Sie in unseren ePaper-Verteiler auf. Gern können Sie uns auch bei der redaktionellen Arbeit oder beim Verteilen unterstützen.

Leserbriefe und Zuschriften sind natürlich ebenso ausdrücklich erwünscht.

Abgeordnetenbüro von Ronny Kretschmer und Kreisgeschäftsstelle nach Renovierung feierlich eröffnet

Das Buffet steht ordentlich bereit, die Tische sind dekoriert und er selbst strahlt. Ronny Kretschmer hat es geschafft. Der Neuruppiner war bereits Mitglied der Stadt- und Kreistagsfraktion und zog 2019 schließlich auch in den Landtag ein.

Nun steht er nach letzten Renovierungsmaßnahmen in seinem Neuruppiner Wahlkreisbüro und wartet auf seine Gäste, die er am 29. Januar um 18:00 Uhr zu der Eröffnung eingeladen hatte. Wirft man einen Blick in sein Büro, fällt einem zuerst ein großer Schreibtisch auf, an dem seine Mitarbeiterin Jenny Salzwedel ihn zukünftig unterstützen wird. Schaut man weiter, steht auch ein Tisch mit ausreichend Sitzmöglichkeiten bereit, an dem Kretschmer und Salzwedel zukünftig Beratungen abhalten können. Der Boden plus Teppichbelag wurden kurz zuvor komplett erneuert und geben dem Raum somit den letzten Schliff. Es ist ein Büro, das einlädt.

Es soweit: Die Gäste treffen ein und schnell wird klar, der Platz wird knapp. Mit so viel Andrang hätte Kretschmer nicht gerechnet und ist positiv überrascht. Mit einem Sektempfang begrüßt er alle Anwesenden und hält eine kurze Dankesrede. Sein Dank ging an alle Gäste, die ihm vorrangig viele Zimmerpflanzen als Präsent für sein Büro mitbrachten. Auch bedankt sich Kretschmer bei seiner Mitarbeiterin und allen anderen Helfer*innen, die ihm die Eröffnung möglich gemacht haben.

Seinen größten Dank und Respekt spricht der 44-jährige seiner Familie aus. Seiner Frau Jana, seinem Vater und seinen Kindern, die nach seiner Aussage schon lange Zeit zurückgesteckt haben und ihm trotz allem so liebevoll den Rücken freihielten.

Die Stimmung blieb ausgeglichen und fröhlich, bei manchen politischen Gesprächen. Gegen 23:00 Uhr verließ Ronny Kretschmer als Letzter sein Büro, er war dankbar und zufrieden.

Jenny Salzwedel



Ronny Kretschmer, Mitglied des Landtages Brandenburg, mit seiner Wahlkreismitarbeiterin Jenny Salzwedel

Ein letzter Gruß für unsere Neuruppiner Ehrenbürgerin

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger von Neuruppin und Einwohner des Kreises sowie der Landeshauptstadt haben am 30. Januar 2020 an der Beisetzung der Ehrenbürgerin der Stadt, unserer Genossin Lisa Riedel, teilgenommen.

In einer beeindruckenden Trauerfeier wurde ihrer beliebten und hochgeachteten Persönlichkeit und ihrem aufopferungsvollen Leben für das Museum und für unsere Stadt noch einmal mit herzlichen Worten gedacht. Viele Bürger haben damit ihre Lebensleistung für das Museum und für die Stadt erneut gewürdigt. Lisa Riedel war am 29. Dezember 2019 verstorben.

Da sie keine direkten Anverwandten mehr hatte, wurden ihren Freunden und der Trauergemeinde viele Beileidsbekundungen, u. a. vom Bürgermeister der

Stadt Neuruppin, und folgendes Schreiben des Landrates von Ostprignitz-Ruppin, Ralf Reinhardt (SPD), übermittelt:

»...Der Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin möchte Ihnen und allen Menschen, die mit Neuruppins Ehrenbürgerin Lisa Riedel bis zuletzt eng verbunden waren, seine tiefe Trauer und Anteilnahme aussprechen. Als langjährige Leiterin des Heimatmuseums und Publizistin war Lisa Riedel eine für die gesamte Region prägende Persönlichkeit und Institution. Durch ihr Schaffen und ihre Leistungen bleibt sie unvergessen. Dank ihrer Spuren, die sie im Landkreis hinterlassen hat, wird Lisa Riedel auch nach ihrem Tod immer in Erinnerung bleiben. Dafür sind wir sehr dankbar!«

Christa Horstmann



Lisa Riedel bei der Wiedereröffnung des Neuruppiner Museums 2015

Stehende Ovationen für das Schaffen von Carmen-Maja Antoni

Am Frauentag ertönte in Bluhms Hotel wiederholt lautes Gelächter. Und das hatte auch seine Gründe, denn die Kultschauspielerin Carmen-Maja Antoni weiß, mit welchen ihrer Lebensgeschichten sie besondere Heiterkeit hervorrufen kann. Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann (DIE LINKE) kam, die aus unzähligen DEFA- und »Krause«-Filmen bekannte Schauspielerin nach Kyritz. Tackmann war seit mehreren Jahren daran interessiert, Carmen-Maja Antoni als Stargast für ihre jährlich stattfindende Frauentagsmatinee zu gewinnen. In diesem Jahr war es endlich soweit – das Warten hat sich in diesem Fall auch wirklich gelohnt.

Antoni schilderte verschiedenste Lebensabschnitte. Es war sehr bewegend zu erfahren, mit welcher Mentalität sie das Leben anpackt. Beeindruckend ist nicht nur ihre Ausdrucksfähigkeit, sondern vielmehr der Umstand, dass die seit frühester Jugend auf der Bühne bzw. vor den Kameras stehende Schauspielerin – schon als Kind die Familie – ihre alleinerziehende Mutter, ihre Schwester und sich – mit ernährte und unterstützte – und dabei den Humor behielt – und sogar weiter entwickelte.

In ihrem Leben gab es sehr viele Stationen: Jüngste Schauspielstudentin auf der heutigen Filmuniversität »Konrad Wolf« in Potsdam-Babelsberg, jüngstes Ensemblemitglied am Hans-Otto-Theater, gefolgt von Engagements an der Berliner Volks-



Carmen-Maja Antoni las aus ihrem Buch »Im Leben gibt es keine Proben«. Mit Humor, Witz und Leichtlebigkeit bot die Berlinerin einen Einblick in ihr facettenreiches Leben.

bühne und später über 35-jährige Erfahrung am Berliner Ensemble.

Antoni erzählt, wie sie als junge Frau alte Frauen gespielt, und als alte Frau jüngere ältere Frauen gespielt habe. Sie schmunzelte und kommentierte anschließend, dass trotz oder gerade wegen der vielen erwachsenen Rollen ihr irgendwie selbst das Erwachsensein abhandengekommen ist.

Und heute, so erzählt sie, passiert es nicht selten, dass sie in Anlehnung an ihre

Rolle in den »Krause«-Filmen doch tatsächlich auf der Straße angesprochen wird und die ernsthafte Frage gestellt bekommt: »Frau Krause, wie geht es denn ihrem Bruder?« Den Zuschauern wurde während der Lesung bewusst, dass diese »große kleine Frau« ihre eigene Rolle im Leben verstanden hat. Zum Abschluss erhielt Carmen-Maja Antoni von 180 Zuhörer*innen stehende Ovationen. Welch eine Freude und Ehre am Internationalen Frauentag!

Bianca Bodau und Justin König

Bericht von der 1. Tagung des 7. Landesparteitages

Vom 22.-23. Februar 2020 traf sich der Landesverband der LINKEN in Templin, um sich nach den im vergangenen Jahr stattgefundenen Wahlen neu zu orientieren und aufzustellen. DIE LINKE hatte herbe Verluste einfahren müssen und ist im Landtag nur noch fünftstärkste Kraft.

Anja Mayer und Diana Golze gingen in ihrer Begrüßungsrede auf vieles ein – sowohl auf die Erfolge als auch die Fehler der Vergangenheit. Diana Golze hatte sich nach langer Überlegung dazu entschieden, nicht noch einmal für das Amt der Landesvorsitzenden zu kandidieren.

Die anschließende Generaldebatte hatte insbesondere die Wahl des neuen Landesvorstandes zum Thema, aber auch die generelle Ausrichtung unseres Landesverbandes in dieser schwierigen Zeit.

Um den Landesvorsitz bewarben sich Anja Mayer und Katharina Slanina als weibliche Doppelspitze – beide wurden mit ordentlichen Ergebnissen gewählt. Neuer Schatzmeister ist Mario Dannenberg aus der Lausitz, als Geschäftsführer wird Stefan Wollenberg weitere zwei Jahre fungieren.

Der zweite Tag begann mit einer Rede

unser Bundesvorsitzenden Katja Kipping, die noch einmal darlegte, wie wichtig es für uns als LINKE ist, dass wir uns nicht nur auf eine Wählerschicht konzentrieren, sondern alle Menschen mit unserer Politik mitnehmen müssen.

Dann wurde die Tagung für eine Stunde unterbrochen, um das antifaschistische Templiner Bündnis bei einer Gedenkkundgebung für die Opfer des rassistischen Anschlags von Hanau zu unterstützen. Einhundert Delegierte machten sich dazu auf den Weg.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Martin Günther und Kirsten Tackmann gewählt. Beisitzer sind: Tom Berthold, Johannes Glander, Kathrin Härtel, Rita-Sybille Heinrich, Ronny Kretschmer, Annekathrin Loy, Stefan Ludwig, Thomas-David Lühmann, Anne-Frieda Reinke, Stefan Roth, Anke Schwarzenberg und Sophie Sumburane.

Wir wünschen allen Gewählten viel Kraft und Erfolg bei ihren Aufgaben für die nächsten zwei Jahre und freuen uns, dass mit Kirsten Tackmann und Ronny Kretschmer wieder zwei Genoss*innen aus OPR im



Der neugewählte Landesvorstand besteht aus 18 Mitgliedern

Landesvorstand vertreten sind. Nun liegt es am neuen Landesvorstand und an allen Genoss*innen des gesamten Landesverbandes, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen in linke Politik zurückgewinnen und wir beweisen, dass DIE LINKE die Kraft ist, die sich für die Probleme aller Brandenburger einsetzt und deshalb ihr Vertrauen bei der nächsten Wahl verdient.

Paul Schmuldach
Kreisvorsitzender/Delegierter

1. Mai – Unser die Arbeit, unser das Brot.

Für faire Löhne, gleiche Bezahlung, gegen Altersarmut und Rassismus

Endspurt der Volksinitiative »Keine Geschenke für die Hohenzollern«

»Es mutet schon aberwitzig an, wenn die Hohenzollern jetzt erklären, sie streben eine gütliche Einigung an und dafür anbieten, die zahlreichen von ihnen beanspruchten Kunst- und Kulturgüter an ihren jeweiligen Orten zu belassen.

Für uns bleibt es dabei: Die Familie der Hohenzollern hat dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub geleistet. Es gibt keine Grundlage für Entschädigungsansprüche. Die aktuelle Berichterstattung des »Spiegel« zur Beteiligung der Hohenzollern an der ‚Arisierung‘ jüdischen Firmenbesitzes zeigt dies erneut eindrucksvoll. Wer sich anwaltlich noch in den Auseinandersetzungen um die Rückabwicklung solcher Ankäufe jüdischer Aktien nach dem Krieg mit der Begründung verteidigen lässt, dies sei für die betroffene jüdische Familie ‚ein reizvolles Geschäft‘ gewesen, der lässt eigentlich keine Fragen



mehr offen.

Wir – und mit uns mittlerweile mehr als 16.000 Brandenburger*innen – fordern die Landesregierung auf: Beenden sie endlich die Verhandlungen mit den Hohenzollern – und weisen sie jegliche Entschädigungsansprüche zurück!«

Unter »www.keine-hohenzollern-geschenke.de« können Unterschriftenlisten für die Volksinitiative heruntergeladen werden. Ausgefüllte Listen nehmen alle Geschäftsstellen und Büros der LINKEN gern entgegen. Selbstverständlich kann auch dort vor Ort unterschrieben werden.

Anja Mayer, Landesvorsitzende

Kontakte

DR. KIRSTEN TACKMANN, Bundestagsabgeordnete, agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«
Tel: 030 22774309 Fax: 030 22776308
Funk: 0173 3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Straße 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **JUSTIN KÖNIG**
Tel.: 033971 32857 Fax: 033971 32893
E-Mail: koenig@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Mo. u. Di. 9.30 - 14.30 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **PAUL SCHMUDLACH**
Tel.: 03391 2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 - 16.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **CHRISTIAN RICHTER**
Tel: 03394 4031363
E-Mail: richter@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Di. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Do. 16.00 - 18.00 Uhr

RONNY KRETSCHMER, Landtagsabgeordneter, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik sowie Gesundheits- und Pflegepolitik
Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiterin **JENNY SALZWEDEL**
Tel: 03391 5123477
E-Mail: ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de
Sprechzeiten: Di. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. OSTPRIGNITZ-RUPPIN
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel: 03391 655420
Fax: 03391 655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Di. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

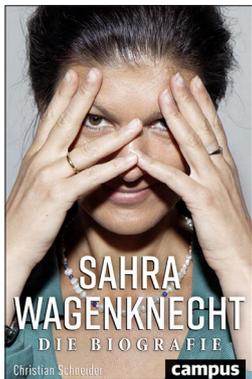
Kreisgeschäftsführer **JUSTIN KÖNIG**
Termine nach Absprache

Kreisschatzmeisterin **KERSTIN BRENDLER**
1. Freitag im Monat: 15:30 - 17:30 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel: 033971 72086
Fax: 033971 32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Do. 10.00 - 11.30 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel: 03394 4031364
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Di. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Buchtipps



Sahra Wagenknecht Die Biografie.
Wer ist Sahra Wagenknecht? Eine der beliebtesten und umstrittensten deutschen Politikerinnen, ein politischer Popstar, dauerpräsent in den Medien, eloquent in Talkshows und dennoch umgeben von einer Aura der Unnahbarkeit.

Termine (Aktualisierungen auf www.dielinke-opr.de beachten)

Sonnabend 18.04.20	Aktionsfahrradtour VVN-BdA 14 Uhr - OdF-Denkmal Nrp., 16 Uhr - Denkmal Wulkow
Montag 20.4./4.5.	Beratung des geschfd. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch 22.04.20	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch 29.4./27.5	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Freitag 01.05.20	Feiern zum 1. Mai Bitte Tagespresse und Internetseite beachten!
Montag 4.5./1.6.	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag 07.05.20	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 18 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag 07.05.20	Filmreihe: »Ein Menschenschicksal« 19 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Freitag 08.05.20	Kranzniederlegungen zum Tag der Befreiung Bitte Tagespresse und Internetseite beachten!
Montag 11.05.20	Lesen gegen das Vergessen Bitte Tagespresse und Internetseite beachten!
Mittwoch 20.05.20	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Bildrechte: (1) Wikimedia Commons, Autor: Antoinevandermeer (2), (3) AdobeStock (4) Justin König (5) Adobe Stock (6) Landkreis OPR (7), (8) AdobeStock (9) DIE LINKE. OPR (10) DIE LINKE (11) Wikimedia Commons, Autor: Paul Becker (12) Jenny Salzwedel (13) Jürgen Schubert (14) Justin König (15), (16) DIE LINKE. Brandenburg (17) Campus-Verlag

Herausgeber: DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisvorstand, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. Paul Schmudlach, E-Mail: redaktionml@dielinke-opr.de
Leitender Redakteur: Justin König, Redaktion: Achim Behringer, Christa Horstmann, Hans-Joachim Müller, Hans Schaefer, Jürgen Schubert.

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers beziehungsweise der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 22.05.2020
Erscheinungsdatum: 05.06.2020